

Internet-Blog

# kreuz-und-quer.de

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB  
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,  
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 3. Quartal 2017

# 3 / 2017

Die Autoren:

Stephan Eisel,  
Dorothee Haentjes-Holländer  
Wolfgang Jäger, Fritz Kronenberg,  
Elke Tonscheidt

## **Das Selbstverständnis**

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

### **Redaktion:**

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,  
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)**

# Inhaltsverzeichnis

Stephan Eisel, Kompromissloses Nein zur Privatgewalt.....	Seite 04
Wolfgang Jäger, Volksparteien im Wandel.....	Seite 06
Fritz Kronenberg, Fünf Jahre kreuz-und-quer.de.....	Seite 09
Dorothee Haentjes-Holländer, Warum wählen – Freiheit verpflichtet.....	Seite 11
Elke Tonscheidt, Was Politiker so anrichten.....	Seite 13
Stephan Eisel. Jamaica als Chance begreifen.....	Seite 15

11. Juli 2017

Stephan Eisel

# **Kompromissloses Nein zur Privatgewalt**

## **Es geht um eine Grundfrage unserer Zivilisation**

Der G20-Gipfel ist vorbei. Zur Bilanz gehören auch 476 verletzte Polizisten, Gewalttätigkeiten aller Art, Stahlgeschosse gegen Polizisten, Brandstiftungen und Plünderungen. Die Brutalität der Gewalt war nach Aussage vieler Experten beispiellos. Ebenso erschreckend sind die Versuche der Verharmlosung und Rechtfertigung dieser Brutalität. Zu den Gewalttätern gesellen sich geistige Brandstifter, die mit ihren Verharmlosungen und Rechtfertigungen in Wahrheit offene Beihilfe zur Gewaltausübung leisten.

Ein Beispiel dafür ist der angeblich „linksliberale“ Journalist Jacob Augstein. Seit 2013 ist er Chefredakteur der Wochenzeitung „Freitag“, die er bereits 2008 gekauft hat. Aus der privilegierten Position des Eigentümers, Verlegers und Chefredakteurs in einer Person twitterte der gern gesehene Gast in Fernseh-Talkshows vor dem G20-Gipfel am 6. Juli: „Der Preis muss so in die Höhe getrieben werden, dass niemand eine solche Konferenz ausrichten will.“

Dieser ziemlich unverhohlenen Ermutigung radikaler Gewalttäter folgte einen Tag später Augsteins Weigerung, Gewalttaten zu verurteilen. Die Bundesregierung hatte nach den ersten verletzten Polizisten in Hamburg getwittert: „Friedliches demonstrieren, ja! Für Gewalt gibt es keine Rechtfertigung!“ Augsteins unmittelbare Antwort darauf: „Widerspruch ! Der Gipfel selbst tut der Stadt Gewalt an ! Mündige Bürger werden zur Kulisse von Despoten gemacht.“

Wer wie Augstein und verschiedene Vertreter der Linken zu einer klaren Ablehnung von Gewalt nicht mehr fähig ist, ebnet den Weg für das Faustrecht der Stärkeren, das sich immer gegen die Schwachen richtet. Hier unterscheiden sich linksextreme Gewalttäter und Plünderer von Hamburg nicht von Hooligans oder Neonazis und deren Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime.

Schon im Gesetzeskodex des Hammurabi (1728-1686 v. Chr.) wird als Staatszweck formuliert, dass man „den Starken daran hindere, den Schwachen zu bedrücken“. Für uns in Europa war auf dem Weg durch Zivilisation das Faustrecht zu besiegen der am 7. August 1495 verkündete „Ewige Landfriede“ eine wichtige Etappe, weil dieses Gesetz erstmals Gewalt als Mittel zur Durchsetzung des eigenen Willens ächtete. Im bis heute prägenden Preußischen Landrecht von 1794 hieß es dann verbindlich: „Durch Handlungen unerlaubter Privatgewalt kann der Besitz einer Sache nie erlangt werden.“ Für Immanuel Kant (1724-1804) konstituiert sich der Übergang von Gewalt zu Recht im Verbot der Privatgewalt durch das staatliche Gewaltmonopol.

Diese wenigen Hinweise zeigen, dass es bei der Überwindung von Privatgewalt und Faustrecht um eine grundlegende zivilisatorische Errungenschaft geht. Deshalb darf das Tabu der Ablehnung von Privatgewalt nicht beschädigt werden.

Das geschieht nicht nur, wenn man wie Augstein praktische Gewalt mit theoretischen Gründen ermutigt und rechtfertigt. Es geschieht auch, wenn man Ursache und Wirkung verwechselt, indem man der Polizei vorwirft, sie habe die Lage „eskaliert“ - so als hätten sich Gewalttäter Steine, Zwillen und Molotow-Cocktails nicht schon unabhängig von der polizeilichen Strategie zu Recht gelegt. Auf einem abschüssigen Weg befindet sich auch, wer Straßenschlachten wie in Hamburg einfach als Aufeinandertreffen zweier Kampfverbände mit (medialen) Schiedsrichtern betrachtet.

Wer Gewalttäter und Polizei gleichsetzt, akzeptiert Gewalttäter im Grunde als legitime Gruppe in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und hat ihnen damit bereits die Tür geöffnet. Auch wer jetzt argumentiert, man hätte den G20-Gipfel nicht nach Hamburg legen dürfen, hat vor den Gewalttätern längst kapituliert. Sollen sie künftig entscheiden, wer sich wo wann zu welchem Gespräch trifft ?

Das Hamburger Gewaltbündnis „Welcome to Hell“ machte nämlich vor dem Gipfel keinen Hehl aus seinen Zielen: „Mit vielfältigem, massenhaftem und unberechenbarem Widerstand wird der reibungslose Ablauf der Gipfelinszenierung gestört werden.“ In den Presseerklärungen des Bündnisses hieß es ganz offen: „Wenn wir unser Bündnis „Welcome to Hell“ genannt haben, dann meinten wir genau das: Den Herrschenden ihr G20-Treffen in Hamburg ansatzweise zu der Hölle zu machen, die sie zu verantworten haben und für die sie stehen.“ Zufrieden wird nach Abschluss des Gipfels bilanziert: „Ziel des Protestes gegen den G20 war es, seine planmäßige Durchführung zu be- oder sogar zu verhindern, ihn empfindlich in seinem Ablauf zu stören oder wenigstens die Glitzershow mit ihren scheinheiligen „Familienfotos“ zu beschmutzen und den Teilnehmer\*innen die ideologische Soße eines politisch substanziellen Kaffeeklatschs zu versalzen. Dieses Ziel haben wir erreicht.“

Solchen Angriffen auf unsere Zivilisation müssen wir gemeinsam entgegentreten. Wechselseitige Rücktrittsforderungen lenken nur von den Gewalttätern ab, denen unsere Gesellschaft oft falsche Toleranz entgegenbringt: Warum dulden z. B. Hamburger Regierungen jeglicher Couleur seit 1989 (!) die illegale "Rote Flora" (in einem gesetzeswidrig besetzten Haus im Hamburger Schanzenviertel), die sich jetzt als Koordinationszentrum der Gewalttaten (mit Spendenkonto für die Organisatoren von "Welcome to Hell") hervorgetan hat.

Wer Privatgewalt unterbinden und den Rückfall in das Zeitalter des Faustrechts verhindern will, sollte vielmehr folgende Fragen stellen:

Wer hat Gewalttäter z. B. durch Demonstrationaufrufe nach Hamburg eingeladen?

Wer hat Gewalttäter in Hamburg beherbergt ?

Wer verharmlost Gewalttaten, wenn sie angekündigt werden oder begangen wurden?

Wer verweigert bei der Verurteilung von Gewalttaten eine klare Antwort ?

***Gewalt verhindern kann nur, wer dabei keine Kompromisse eingeht. In dieser Grundfrage unserer Zivilisation sind Klarheit und Einseitigkeit gefordert: Für das staatliche Gewaltmonopol und damit die Ablehnung von Privatgewalt und deren Rechtfertigung.***

***Dr. Stephan Eisel*** (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)

28. August 2017

Wolfgang Jäger

# Volksparteien im Wandel

Nach jeder Wahl wird in Deutschland die Frage nach dem Zustand der politischen Parteien und des Parteiensystems neu gestellt. Zumeist unter dem Verdacht, es mit einer Krise zu tun zu haben. Diese Beobachtung gilt für die gesamte Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nichts ist so beständig in der Entwicklung der deutschen Demokratie wie die sie begleitende Krisendiagnose.

Die Parteienforschung war und ist theoretisch recht anspruchslos. Am häufigsten werden Funktionskataloge formuliert und Typologien gebildet. In einem idealtypisch verstandenen Begriff werden die wesentlichen Charakteristika der dominanten Parteien gebündelt, von der programmatischen Ausrichtung über die Mitglieder- und Wählerstruktur bis zu den Funktionen im politischen System. Der Idealtypus wird nach einer mehr oder weniger systematisch vorgenommenen Beschreibung der Parteien gebildet, um dann eine Diskussion darüber auszulösen, wie exakt das Phänomen „politische Parteien“ mit dem Begriff getroffen wird.

Auch der Begriff der Volkspartei ist wissenschaftlich nicht präzise formuliert. Er hat politische, nicht wissenschaftliche Wurzeln. Er entstand im 19. Jahrhundert als legitimatorische und kämpferische Selbstetikettierung vor allem liberaler Parteien. Der Begriff sollte zweierlei zum Ausdruck bringen: einmal eine Stoßrichtung gegen nicht-demokratische bzw. feudalistische politische Kräfte und zum anderen den Anspruch, nicht einzelne Interessen, Schichten oder Klassen zu vertreten, sondern das Wohl des ganzen Volkes.

Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union, der ersten Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland, konnte an solche Traditionen anknüpfen, unterschied sich aber konzeptionell deutlich von allen bisherigen Volkspartei-Bündelungsversuchen. Ihre Modernität ergab sich aus der Überwindung der alten Konfliktlinien des Parteiensystems, die sich wesentlich aus den Spannungen im Industrialismus und Konfessionalismus nährten. Die Union sollte sowohl sozialstrukturell wie konfessionell als Klammer wirken, ohne ganz auf ihre spezifischen Milieus zu verzichten. Die SPD wurde mit der Wende von Bad Godesberg 1959 zur zweiten erfolgreichen Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland.

Peter Lösche schlug 2009 in einer Analyse, die das „Ende der Volksparteien“ ankündigte, vier Indikatoren für die Definition der Volkspartei vor:

Erstens: eine Schichten und Klassen übergreifende Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler, aber ohne gänzliche Aufgabe eines „spezifische[n] soziale[n] Profil[s]“.

Zweitens: auf Dauer ein Wahlerfolg von 35 Prozent der Wähler. Drittens: die Fähigkeit, allein oder in Koalition mit anderen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen

Viertens: der Charakter der Milieu-Partei, allerdings nur zum Teil auf dem Fundament einer Stammwählerschaft von 20-25 Prozent.

Es ist nicht schwierig, schon aus der Bestimmung der Indikatoren abzuleiten, dass die Volksparteien Union und SPD im Niedergang sind oder gar schon ihren Charakter als Volkspartei verloren haben. Sowohl der Anteil der Wähler wie der Mitglieder schwindet oder stagniert auf niedrigem Niveau. Das Parteiensystem hat sich von einem Zweieinhalbparteiensystem (CDU/CSU-

SPD-FDP) zu einem Mehrparteien-System gewandelt.

Neue Parteien wie vor einiger Zeit die Piraten und heute die AfD stehen zumindest demoskopisch vor den Türen des Bundestages. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg von 2011 wurde zum Symbol: In einem klassischen CDU-Land wurde mit Wilfried Kretschmann ein Nicht-Volkspartei-Politiker Ministerpräsident, und eine bisherige Volkspartei nicht Juniorpartner einer anderen Volkspartei, sondern einer Nicht-Volkspartei. In der Landtagswahl von 2016 spitzte sich diese Situation bekanntlich noch zu.

Die These und die Analyse des „Endes der Volksparteien“ machen deutlich, dass es wenig Sinn ergibt, die Volksparteien der ersten Jahrzehnte bundesrepublikanischer Geschichte zum Idealtypus zu erklären. Die Volkspartei der damaligen Zeit ist ein historischer Realtypus, der sich in dieser Ära entwickelte und zur Blüte gelangte. Parteien verändern sich mit dem gesellschaftlichen Wandel. Da sie in einer Demokratie immer das Bindeglied zwischen der Gesellschaft und dem Staat bilden, spiegeln sie die gesellschaftliche Entwicklung wider. Die Sternstunde der Volksparteien war die spezifische Kombination einer substanziellen Bindung an die Stammwählerschaft: durch die Fortexistenz starker sozialmoralischer Milieus auf der einen Seite, und einer durch diese nicht verhinderten Offenheit gegenüber den Wechselwählern der politischen Mitte auf der anderen Seite.

Diese Situation entwickelte sich im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik. Immerhin vereinigten die Unionsparteien und die SPD bei der ersten Bundestagswahl 1949 nur 60,2 Prozent der Zweitstimmen auf sich, also wenig mehr als im Jahr 2009 mit 56,8 Prozent. Im Jahr 2013 waren es auch nur 67,2 Prozent.

Der gesellschaftliche Wandel, der den uns vertrauten Volkspartei-Typus gefährdete, indem er die Stammwählerschaft schrumpfen ließ, ist vielfach beschrieben worden. Stichworte sind Wertewandel, Differenzierung, Fragmentierung, Pluralisierung der Lebensstile und Individualisierung. Hinzu kam der Wegfall der durch den Ost-West-Konflikt bedingten Polarisierung des Parteiensystems. Mehr als meist zur Kenntnis genommen wird, war nämlich der Parteienwettbewerb bis Ende der 1980er Jahre nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Koordinatensystem der Ost-West-Spannung bzw. des Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus angesiedelt.

Die Schlussfolgerung aus dem Wandel der Gesellschaft muss aber trotz der Veränderungen des Parteiensystems nicht das Ende der bisherigen Volksparteien sein. Denn immer noch gilt trotz des Bedeutungsverlustes der Stammwählerschaft und des Abschmelzens der sozialmoralischen Milieus, dass

katholische Kirchgänger mehrheitlich die Union und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mehrheitlich die SPD wählen. Eine Kernstammwählerschaft ist also noch vorhanden.

Die Volatilität der Wählerschaft allerdings und damit der Zwang der Volksparteien, auf diese Wählerschaft aktiv zuzugehen, um sie zu gewinnen, haben sich vergrößert. Geht man vom selbst gesetzten Anspruch der Volksparteien oder vom Indikator aus, dass Volksparteien ein möglichst breites Spektrum der Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft vereinen, dann hat der gesellschaftliche Wandel dafür eigentlich die Grundbedingungen verbessert: Nämlich weg von einer Gesellschaft, die von klassischen Konflikten konfessioneller, ökonomischer, ideologischer, regionaler oder gar ethnischer Art geprägt war, hin zu einer homogeneren Gesellschaft. Die Wiedervereinigung hat diese Bedingungen weiter akzentuiert, gab es doch in den neuen Bundesländern die traditionellen Wählermilieus gar nicht mehr.

Mehr als jemals zuvor müssen die Parteien eigenständig nach Themen suchen, die den alltäglichen Kosmos von Interessen, Bedürfnissen und Meinungen der Mitglieder und Wähler überlagern und das Profil der Partei nach innen und außen bestimmen. Das Profil der Partei ergibt sich immer weniger aus einer sozialstrukturellen oder sozialkulturellen Topographie, sondern muss kontinuierlich von den Parteien selbst erarbeitet werden. Das Parteiengesetz formuliert es so: Die Parteien sollen „die von Ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen“.

Nach einer Allensbach-Umfrage (FAZ 15.6.2016) trauen aber nur noch 19 Prozent den Unionsparteien überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Zukunft zu, der SPD lediglich 9 Prozent. Ein größeres Gewicht als in der Vergangenheit wird deshalb auch einer geschickten symbolischen Politik zukommen. In einem Gutachten über die CDU im Ruhrgebiet schrieb Karl Rohe schon vor einigen Jahren: „Der Zwang zur symbolischen Politik [...] ergibt sich vor allem aus einem doppelten Sachverhalt: Einmal aus der Komplexität und Undurchsichtigkeit moderner Politik, die es kaum noch erlaubt, im alltäglichen Vollzug von Politik Prinzipielles zu verdeutlichen; Zum anderen aus dem [...] Verlust des im Zeitalter der Milieuparteien noch vorhandenen Grundeinverständnisses von Wählerschaft und Partei, der es erforderlich macht, die ‚Philosophie‘ der Partei von Zeit zu Zeit sinnenfällig zu machen“.

Ebenso große Bedeutung wie der symbolischen Politik kommt den Führungspersönlichkeiten zu. Mehr als jemals zuvor bedürfen die Volksparteien als Magnete der heterogenen und individualistischen Wählerschaft dieser charismatischen Führungsfiguren, die vor allem Glaubwürdigkeit ausstrahlen.

Es geht jedoch nicht nur um charismatische Führungsfiguren. Die Rekrutierungsfunktion der Parteien insgesamt liegt im Argen. Wer möchte heute noch ein politisches Amt – vom Dorfbürgermeister bis zu den Abgeordneten auf den verschiedenen staatlichen Ebenen? Jüngst konnte man lesen, dass die SPD in einem Bundestagswahlkreis in Rheinland-Pfalz (Bitburg) die Kandidatur per Anzeige ausgeschrieben hat.

Die CDU-Führung beispielsweise nimmt die Aufgabe der Parteien, „zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranzubilden“ – so heißt es in § 1 des Parteiengesetzes – nicht ernst genug. Die Zeit ist vorbei, als die Kandidaten gleichsam automatisch aus den Verbänden im vorpolitischen Raum (z.B. Kolping) herauswuchsen. Auch hier sollte sich die Parteiführung heute proaktiv verhalten.

**Prof. Dr. Wolfgang Jäger** (1940) studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Latein an den Universitäten Freiburg, München und an der London School of Economics and Political Science. 1969 schloss er sein Studium bei Dieter Oberndörfer mit der Promotion ab. Jäger habilitierte sich 1973 mit der Arbeit *Öffentlichkeit, Parlamentarismus und Parteienstaat. Zur Kritik an einem deutschen Demokratieverständnis*. 1974 erhielt er eine Professur für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg. Rufe an die Universitäten Köln, Tübingen und Mainz lehnte er ab. Von 1995 bis 2008 stand er als Rektor an der Spitze der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.



4. September 2017

Friedrich Kronenberg

# Fünf Jahre „kreuz-und-quer.de“

Am 5. September 2012 habe ich mit „Ökumene jetzt! – Christlicher Weltendienst jetzt!“ den ersten Beitrag im Blog „kreuz-und-quer.de“ veröffentlicht. Als Herausgeber und als Redaktion haben wir damals diesen Blog nicht gegründet, weil wir uns in der Öffentlichkeit eine Stimme geben wollten; die hatten wir bereits zur Genüge. Vielmehr verfolgten wir ein doppeltes Ziel: erstens wollten wir auch im Netz eine Stimme haben, weil diese zunehmend ein Teil unserer realen Welt ist; zweitens wollten wir durch unsere Initiative „in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten“ (Vgl. Das Selbstverständnis). So wollten wir dazu beitragen, dass die Kirche als „Sauerteig“, als „Salz der Erde“, als „Samenkorn“ und als „Licht der Welt“ in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Waren diese fünf Jahre erfolgreich? Fast 250 Autoren haben – ohne ein Honorar zu erhalten – 300 Beiträge geschrieben, die in der Regel in wöchentlichem Abstand erschienen. Beinahe 50 Leser können durchschnittlich täglich registriert werden, mit steigender Tendenz. 3.300 Abonnenten werden automatisch über jeden neu erschienenen Beitrag informiert. 860 Kommentare zu den veröffentlichten Beiträgen sind im Blog erschienen; das ist sicherlich steigerungsfähig. Insgesamt wird man aber von einem beachtlichen Erfolg unserer Bemühungen sprechen können. Dank gebührt in erster Linie der Redaktion, die ehrenamtlich arbeitet, und nicht zuletzt den Autoren.

Der Erfolg der ersten fünf Jahre ließe sich zukünftig sicherlich steigern, wenn es gelänge, über Social Media, wie Facebook und twitter, vor allem jüngere Menschen zusätzlich zu beteiligen. So würde wohl auch die Zahl der Kommentare im Blog steigen. Da die Möglichkeiten einer ehrenamtlich tätigen Redaktion begrenzt sind, müssen neue Wege erschlossen werden. Vielleicht finden sich junge Männer und Frauen, die diese Ausweitung über die Social Media in Angriff nehmen. Dies könnte ein Weg sein, die Verbreitung des Blogs weiter auszubauen und junge Leute in die Verantwortung zu nehmen. Schließlich verfolgt niemand aus dem Herausgeberkreis das Ziel, dass „kreuz-und-quer.de“ mit ihm stirbt.

Unverzichtbarer Kern von kreuz-und-quer.de muss auch zukünftig das gesellschaftliche und politische Wirken von Männern und Frauen aus christlicher Verantwortung und Überzeugung sein. Dieses Wirken zeichnet sich in unserer Zeit weniger durch Kampf, vielmehr durch unser Zeugnis aus. Unsere Gesellschaft ist aufs Ganze gesehen nicht unchristlich, eher ist sie sich ihrer Wurzeln, ihrer geistigen Verfassung und ihrer geschichtlich gewachsenen Prägung nicht ausreichend bewusst. Wir kämpfen heute nicht gegen den „Antichristen“, wie das von uns im Nationalsozialismus und im Kommunismus gefordert war. Wir haben der großen Mehrheit von Christen in unserer Gesellschaft durch unser Zeugnis im Handeln – was den notwendigen politischen Streit in der Demokratie keineswegs ausschließt – zu vermitteln, wo sich die Quelle für das Gelingen eines solidarischen Zusammenlebens in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit findet. Das ist eine ganz andere Herausforderung im Vergleich zu der, vor der wir Älteren im vergangenen Jahrhundert oft standen. Nicht ein unsere Gesellschaft prägender

Atheismus ist unser Problem, sondern eine Vergessenheit der eigenen Herkunft. Wenn Christen verantwortungsvoll und überzeugend handeln, können sie diese Vergessenheit überwinden helfen und gleichzeitig Mitstreiter gewinnen. Nur so kann gleichzeitig ein fruchtbarer Dialog mit der wachsenden Zahl muslimischer Menschen in unserem Land gelingen, der für die Zukunft unseres Gemeinwesens unverzichtbar ist.

Es versteht sich von selbst, dass unser christliches Zeugnis im gesellschaftlichen und politischen Handeln aufs Ganze gesehen nur als ökumenisches Zeugnis wirksam sein kann. Eine Gesellschaft, die ihre Herkunft und ihre geistige Verfasstheit weithin vergessen hat, kann nur durch ökumenische Bemühungen überzeugend angesprochen werden. Das hat „kreuz-und-quer.de“ von Anfang an im Blick gehabt. Der Start des Blogs vor fünf Jahren war mit der Veröffentlichung des Aufrufs „Ökumene jetzt: ein Gott, ein Glaube, eine Kirche“ verbunden, eines Aufrufs von Personen des öffentlichen Lebens zur Überwindung der konfessionellen Kirchentrennung, der fast 10.000 Mitunterzeichner gefunden hat. Der Blog ist dieser ökumenischen Verpflichtung treu geblieben und auch in Zukunft gibt es hierzu keine Alternative. Es ist ein bleibendes Verdienst der Unionsparteien, ökumenische Gemeinsamkeit im politischen Handeln verwirklicht zu haben. Jetzt kommt es darauf an, diese Gemeinsamkeit zukünftig zu bewahren und die ökumenische Dimension christlichen Handelns auch über Parteigrenzen hinweg weiter zu entwickeln. Hier liegen gewiss noch zukünftige Aufgaben für „kreuz-und-quer.de“.

Politisches Handeln, das sich als ökumenisches Handeln versteht, muss selbstverständlich kirchlich relevant sein. Die gelegentlich zu hörende Forderung, die Kirchen sollten sich auf ihr „Kerngeschäft“ konzentrieren, verkennt das Selbstverständnis der Kirchen vollkommen. Es gibt kein politisches Handeln aus christlicher Verantwortung und Überzeugung, das gleichsam außerhalb der Kirchen angesiedelt ist. Das gilt selbstverständlich auch für ökumenisches Handeln. Daraus folgt, dass die hier handelnden Personen auch in ihren Kirchen ihren Platz und ihre Aufgaben wahrnehmen müssen. Als politisch – aus christlicher Verantwortung – handelnde Personen handeln wir zwar nicht im Namen der Kirche, aber doch als Kirche. Das heißt für unseren Blog, auch seine Rolle und seine Aufgaben in innerkirchlichen Kontexten wahrzunehmen. Hier kommen Herausforderungen auf uns zu, denen wir uns zukünftig wohl noch entschlossener werden stellen müssen. Dabei geht es keineswegs nur um innerkirchliche Abstimmungsprozesse. Die innerkirchlichen Meinungsbildungsprozesse verlangen auch eine aktive Beteiligung der politisch handelnden Laien. Wir sind nicht Vertreter der Kirche, wir sind Kirche.

Der Blog „kreuz-und-quer.de“, vor fünf Jahren gestartet, ist ein beachtlicher Erfolg im Kontext politischen Handelns aus christlicher Verantwortung. Die Zukunft birgt die Chance, weitere Erfolge zu erzielen. Unser Land, aber auch Europa und die Welt brauchen eine erfolgreiche Fortsetzung unserer Bemühungen. Dabei sollte die junge Generation besonders im Blick behalten werden. Nur mit ihr lässt sich unsere politische Zukunft aus christlicher Verantwortung und mit authentischer Überzeugungskraft gestalten. Nur wenn es gelingt, noch mehr junge Männer und Frauen aktiv im Blog zu beteiligen, können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken.

**Dr. Dr. h.c. Friedrich Kronenberg** (1933) ist Mit-Herausgeber von *kreuz-und-quer.de* hat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert. 1960-64 war er hauptamtlicher Leiter der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, 1966 - 1999 Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und 1983-1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 - 2003 war er Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte und 2001 - 2009 Vorsitzender des Maximilian-Kolbe-Werkes.

Dorothee Haentjes-Holländer

# Warum wählen? - Freiheit verpflichtet!

Heute Morgen kam mir mit der Zeitung ein Prospekt ins Haus geflattert. In einem Möbelladen werden Bettwäsche, Handtücher und Türstopper angeboten. Unter jedem dieser Angebote steht, neben den verschiedenen Modellen und Designs: „Freie Wahl!“

Die Reklame lässt es erkennen: Frei wählen zu können, gilt als ein wichtiges Gut – selbst wenn es um etwas so Profanes wie die Wahl von Bettwäsche und Türstoppern geht. Als Bürgerin dieses Landes aber habe ich die Möglichkeit, nicht nur Homedeko, sondern sogar die Regierung meines Landes frei zu wählen.

Es gibt zwei Momentaufnahmen in meinem Leben, die mein Verhältnis zu Wahlen und zur Frage „Warum wählen?“ entscheidend geprägt haben.

Die erste stammt aus dem Jahr 1969. Es war der 28. September, der Tag der Bundestagswahl. Zum ersten Mal bekam ich mit, dass meine Eltern zur Wahl gingen. Was Politik bedeutete, darüber machte ich mir als Sechsjährige keine Gedanken. Was ich aber spürte, war die Stimmung meiner Eltern: Nach der Messe gingen sie mit einer Mischung aus Ernst, Selbstverständlichkeit und feierlicher Hochstimmung in ihren Sonntagskleidern hinüber zur Schule und wählten. Ich spürte, dass sie es gern taten; dass es sie zufrieden und irgendwie froh machte – auch wenn ich mir keinen richtigen Reim auf diese Sache machen konnte. Aber das ging mir ja damals in der Kirche oft genauso. Kurz und gut: Zur Kirche gehen und am Wahlsonntag anschließend zur Wahl – für meine Eltern gehörte es offenbar zusammen. Und tatsächlich hielten sie es so bis ins Alter, solange ihre Mobilität es erlaubte.

Mit der zweiten Momentaufnahme meines Lebens, die mein Verhältnis zur Frage „Warum wählen?“ prägte, erkannte ich, warum es für meine Eltern nicht nur einen organisatorischen Zusammenhang zwischen dem Besuch der Kirche und dem Gang zur Wahlurne gab, sondern durchaus auch einen inhaltlichen:

Vor wenigen Jahren fielen mir Briefe meines Vaters aus den Jahren 1946 – 1948 in die Hände. Mit großem Interesse las ich seinen Bericht über die erste Landtagswahl des jungen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Mein Vater erzählte in sachlichem Ton. Und dennoch sprechen aus seinen Zeilen die Erleichterung und geradezu ein gewisser Stolz, dass es in dem Staat, der bis kurz zuvor durch die nationalsozialistische Diktatur gekennzeichnet war, nunmehr freie Wahlen gab. Die Sehnsucht nach Freiheit war Wirklichkeit geworden – und zwar in einem weit größeren Umfang, als dies wohl alle, die Nazi-Deutschland erlebt hatten, zu hoffen gewagt hatten.

Bis zum Kriegsende hatten meine Eltern Freiheit nur in einer geistigen Dimension erfahren: in ihrem Glauben, der ihnen Wegweiser und innerer Kompass war. Die Religion bot ihnen den Raum, in dem sie anders denken konnten, als das Regime es vorgab, und der sie auch erkennen ließ, dass letzten Endes der gläubige Mensch seine Entscheidungen nur mit sich und mit Gott auszumachen hat. Dies ist wohl die größte Freiheit, die man sich vorstellen kann. Auf diese Weise haben sich der sonntägliche Kirchgang und der Gang zu den freien Wahlen im Leben meiner Eltern auf selbstverständliche Weise verbunden.

Das Vorbild meiner Eltern und ihre Botschaft ist fest in mein Bewusstsein eingeprägt: Freiheit ist ein Privileg. Und das Privileg, Freiheit genießen zu dürfen, heißt nicht nur, tun und lassen zu können, was man will. Sondern aus dem Genuss des Privilegs erwächst zugleich die Pflicht, sich dieses Privilegs würdig zu erweisen.

Mit Sorge sehe ich daher, dass wir mit dem Verlust der Generationen, die Diktatur und Unfreiheit in unserem Land erlebt haben und ihre Erfahrungen unmittelbar weitergeben konnten, ein wichtiges gesellschaftliches Korrektiv verlieren. Frieden, Freiheit und Demokratie sind seit 1989 eine Selbstverständlichkeit in ganz Deutschland. So selbstverständlich, dass meiner Beobachtung nach vor allem in den jüngeren Generationen das Bewusstsein dafür abhandenkommt, wie wenig selbstverständlich dieser Zustand in Wirklichkeit ist, und dass wir als Bürger dieses Landes das Instrument der freien Wahlen mehr als ernst nehmen sollten; dass Freiheit und Demokratie nur bestehen bleiben, wenn wir uns aktiv an der Demokratie beteiligen.

Ich werde das Privileg, in einer Demokratie zu leben, immer nutzen und mich aktiv an ihrem Erhalt und am Erhalt der Freiheit beteiligen, indem ich zu den Wahlen gehe. Und zwar nicht zu denen im Möbelladen, sondern zu denen, die an den Wahlurnen entschieden werden.

***Dorothee Haentjes-Holländer** (1963) lebt in Bonn. Als langjährige freiberufliche Autorin und Übersetzerin für Kinder- und Jugendliteratur, richtet sie sich seit einiger Zeit mit Publikationen und Hörfunkbeiträgen zu historischen, kunsthistorischen und geistlichen Themen auch an ein erwachsenes Publikum.*

18. September 2017

Elke Tonscheidt

# Was Politiker so anrichten

Der Bitte, den Wahlkampf 2017 zu beurteilen, komme ich gern nach. Zum einen weil ich zwei Wahlkämpfe vor Ort in einer Parteizentrale miterlebt habe. Damals, als Bonn noch Bundeshauptstadt war und in einem der Wahlkämpfe rote Socken plakatiert wurden. Zum anderen, weil ich als Studentin meine Magisterarbeit über Wahlkampfstrategien habe schreiben dürfen.

Damals, in den 80er, habe ich verglichen, wie sich wahre Polit-Schlachtrösser argumentativ auseinandersetzten. Mit großen Themen wie dem inneren Frieden Deutschlands und in Fernsehsendungen, wo Politiker minutenlang ausreden konnten. Ich empfehle es gerade denen, die viel jünger sind als ich und diese Zeit nicht miterlebt haben, sich das anzuschauen. Wenn Brandt, Genscher, Kohl, Schmidt oder Strauß aufeinander trafen, das war Politik pur. Heute verlassen Politikerinnen die Show, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen und treten per Twitter nach. Gesprächskulturen sagen viel aus, wenn man Menschen und ihre inszenierten Inhalte betrachtet.

**Wahlkampf 2017, hier meine Beobachtungen, bewusst in 6 schneller konsumierbare Häppchen zusammengefasst:**

## Humorlose Plakatwerbung

Es gibt noch immer Kandidatenplakate, mal mehr, mal weniger vorteilhaft. Gelungen die Idee der Heute-Show zu drohen, auch die CDU mache Plakate a la FDP... Ich behaupte: Die CDU hätte Humor bewiesen, ein solches Plakat wirklich aufzuhängen, und wenn es nur eines gewesen wäre. Viele Plakate wirken auf mich immer wieder so, als wollten sich die

Wahlkämpfer während ihrer Arbeit selbst Mut zusprechen...  
Digitalisierung vor allem Thema der FDP



Das Thema Digitalisierung bewirbt die FDP besonders stark – und bietet deshalb besonders viele Inhalte digital an. Wahlwerbung so mundgerecht wie möglich: per Push über Twitter, WhatsApp, Facebook Messenger oder als Podcast. Interessant, wie die Generalsekretärin ihre Strategie erläutert. Ich behaupte: Auch wenn Umfragen aussagen, viele Wähler würden sich nicht von social media beeinflussen lassen – unerschwinglich tut sich da enorm viel. Das arbeitet auch eine Doku von phoenix heraus zum Thema Wahl und Netz!

Man muss politische Inhalte auch lesen!

Der Appell an Politiker, dem Wähler die Wahrheit zu sagen, trifft auch mein Gerechtigkeitsgefühl – wirklich machbar scheint es mir in unserer Mediendemokratie leider nicht. Ich behaupte: Daran sind wir nicht unschuldig. Wie viel Zeit geben wir Politikern, ein Argument länger auszuführen? Eine oder fünf Minuten – was, länger? Die Mehrheit dreht doch schon an der Supermarktkasse durch, wenn es mal länger dauert und das auf Kosten unserer Zeit geht! Wie soll ein Politiker im Straßenwahlkampf z.B. erläutern, wie mehr Gerechtigkeit

entstehen soll – wenn es uns wichtiger ist, schnell aufs heimische Sofa zu hechten um abzuschalten? Die Inhalte sind alle da, sie können jederzeit konsumiert werden, WENN man sich bewusst für Politik entscheidet.

### Martin Schulz und Kongruenz in der Politik

Selbstverständlich gibt es Experten, die komplexe Sachverhalte runterbrechen können. Medienberater, oft selbsternannt, säuseln ihren Kandidaten verlockende Sprengsätze in die Ohren – ob sie diese brauchen oder nicht. Kongruenz ist ein Thema, das die Politik nicht gut beherrscht. Da werden Bilder aufgebauscht, die Politiker gar nicht erfüllen können. Auch deshalb stürzte Martin Schulz so ab. Und ob sich Herr Lindner in der Rolle als Dressman wohl fühlt? Und wenn ja, was heißt das für die Politik? Dennoch stechen die Liberalen aus dem Einheitsbrei der Plakate heraus, weshalb ich sie nicht verkehrt finde.

### Angela Merkel und die Schlaftablette

Ich behaupte: Angela Merkel ist auch deshalb glaubwürdig, weil sie heute sie selbst sein kann. Vielleicht auch langweilig, wie ihre Gegner sagen. Jedenfalls hat sie sich 2015 nicht beirren lassen, als es darum ging menschlich zu handeln und sie hat jenen Paroli geboten, die – bevorzugt in Bayern – versuchten, sie gönnerisch herabzusetzen. Ja, es polarisiert weniger, wenn man gelassen ist. Der Kanzlerin das zum Vorwurf zu machen, verkennt die deutsche Mentalität, die sich politisch nicht nach Klamauk sehnt. Das wusste schon der ganz Alte: Keine Experimente. Natürlich müssen Probleme angepackt werden, doch können die Herausforderungen unserer Zeit nur mit Ruhe bewältigt werden. Den Wahlkampf von Angela Merkel mit der Wirkung einer Schlaftablette zu vergleichen, wie das eine Journalistin jüngst tat, ist grotesk.

### Lebendige Demokratie versus heiliger Stille

Dennoch wünschen sich gerade politisch interessierte Menschen andere Wahlslogans als jene, die ein Deutschland beschwören, „in dem wir gut und gerne leben“. Solche Sätze klingen wie eine Beleidigung. Wähler sind klüger als mit solchen Gemeinplätzen konfrontiert zu werden. Mehr noch ärgert mich jedoch, wenn Wähler bewusst das schlecht reden, was Deutschland ausmacht: eine lebendige Demokratie zum Beispiel. Ja, auch ich wünsche mir mehr Diskussion (und zettle sie stets an, nicht immer zur Freude anderer). Aber das, was z.B. Cora Stephan kürzlich in der NZZ veröffentlichen konnte, ist ätzend. Nur ein Satz: Wahlen, schreibt die Autorin, habe „die Kanzlerin zur «Feier der Demokratie» erklärt, weshalb heilige Stille herrscht.“ Was soll dieser Rückschluss? Wird nicht immer dann die Kritik des „Sichdurchwurstelns“ laut, wenn die Bürger (und nicht die Politiker) sich entweder verängstigt zeigen oder sich lieber gar nicht darum scheren, was politisch getan werden muss? Dass Deutschland mit Angst regiert würde, ist in meinen Augen jedenfalls absoluter Käse.

**Apropos Käse:** *Wer sich mehr an die Politiker alten Stils erinnern möchte, kann dies im Kochbuch „Was Politiker so anrichten“ tun!*

**Elke Tonscheidt** (1967) war 1992 – 1998 Pressesprecherin der Bundes-CDU in Bonn und 1998 – 2000 Sprecherin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.. Sie gründete 2000 in München ein Start-Up und erst 2010 in Köln eine eigene Familie. Heut bloggt sie auf diversen Seiten im Netz, u.a. auf [www.ohfamoos.com](http://www.ohfamoos.com), einem Blog über „voll das gute Leben“, den sie mit drei Frauen aus aller Welt betreibt.

26. September 2017

Stephan Eisel

# Jamaika als Chance begreifen

Wie die Union mit ihrer Wahlniederlage umgehen sollte

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September 2017 ist ein tiefer Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit langfristigen Folgen:

Die nur vermeintlich „Große“ Koalition aus CDU/CSU und SPD ist unmissverständlich abgewählt (-14 Prozent), die Ergebnisse von SPD und Union stürzten auf historische Tiefstände ab, jeder fünfte Wähler entschied sich mit einer Stimme AfD und Linke für den rechten oder linken Rand und der Deutsche Bundestag hat sechs Fraktionen, mehr gab es nur 1949-1951.

Erfreulich ist allenfalls, dass die Wahlbeteiligung um 4,6 Prozent auf 76,2 Prozent gestiegen ist - obwohl die Hauptfrage nach dem künftigen Kanzler früh zugunsten der Amtsinhaberin entschieden war. Es ist wohl dieser fehlenden Spannung im Wahlkampf geschuldet, dass immer noch fast jeder vierte Wahlberechtigte auf sein Wahlrecht verzichtete. Als generelle Politikmüdigkeit sollte das nicht interpretiert werden.

## **Dramatischer Einbruch**

Mit 33,0 Prozent hat die Union abgesehen von 1949 (31,0) ihr bisher schlechtes Ergebnis überhaupt eingefahren. Noch nie hat die Union bei einer Bundestagswahl so viele Stimmen verloren: -8,5 Prozent. Bisher lag der Negativ-Rekord der Union bei -6,3 Prozent und war 1998 mit dem Verlust der Regierungsmehrheit verbunden. Einen größeren Einbruch bei einer Bundestagswahl hatte nur die SPD 2009 (-11,2 Prozent). Davon hat sie sich bis heute nicht erholt.

Die größten Verluste verzeichnete die Union in ihren Hochburgen Sachsen (-15,9), Baden-Württemberg (-11,3), Bayern (-10,5) und sowie Sachsen-Anhalt (-10,9). Die geringsten Verluste gab es bei den Nordlichtern in Bremen (-4,2), Hamburg (-4,2) und Schleswig-Holstein (-5,2) sowie dem Saarland (-5,4). Nur noch in Rheinland-Pfalz (35,9) und Bayern (38,8) haben CDU und CSU mehr als 35 Prozent der Stimmen erreicht, in sechs Bundesländern (Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Sachsen und Thüringen) ist sie unter 30 Prozent abgerutscht. Trotz gesteigener Wahlbeteiligung verlor die Union 2,4 Mio Stimmen, vor allem an die FDP (1,4 Mio) sowie die AfD (1 Mio) und durch den demographischen Wandel (1,2 Mio verstorben).

## **„Selbsterkenntnis ist der beste Weg zu Besserung“**

Dieses gelegentlich auf Sokrates zurückgeführte Sprichwort sollte die Überschrift sein, wenn CDU und CSU ihre Wahlniederlage analysieren. Auch wenn die Union wegen des außergewöhnlich guten Wahlergebnisses 2013 mit Verlusten rechnen musste, sie erneut eindeutig die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag stellt und keine Regierung gegen sie gebildet werden kann, darf sie angesichts ihrer Niederlage nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ein „Weiter so“ wäre keine angemessene Antwort.

Der dramatische Stimmenverlust für die Union hat viele Ursachen. Natürlich waren er in Teilen auch ein Votum gegen Angela Merkel, aber ohne sie wäre die Niederlage wahrscheinlich noch

höher ausgefallen. So sehr die Kanzlerin inzwischen auch zur polarisierenden Figur wurde – Konrad Adenauer und Helmut Kohl war es nicht anders ergangen – so sehr war für viele ihre Regierungserfahrung als Stabilitätsanker ein Grund die Union zu wählen. So gesehen war die mit der Wahl von Donald Trump in den USA schlaglichtartig sichtbare Unkalkulierbarkeit der Welt ein wichtiger Wahlhelfer der Union.

Viel ausschlaggebender für ihre Wahlniederlage war, dass die Union im Krisenmanagement des letzten Jahrzehnts ihr Gestaltungsprofil zu sehr vernachlässigt hat. Die Aussage „Für ein Deutschland, in dem wir gerne und gut leben.“ ist als Zukunftsorientierung zu beliebig. Nicht der status quo ist das Ziel, sondern die Beseitigung vorhandener Missstände, Orientierung in einer sich schnell verändernden Welt und die Gestaltung der Zukunft. Zur Bitte um politisches Vertrauen gehört, sich nicht mit dem Erreichten zufrieden zu geben, sondern aufzuzeigen, was besser werden soll.

Helmut Kohl hatte diesen Gestaltungsanspruch auf teilweise umstrittene, aber auch dadurch wirksame Begriffe wie die „geistig-moralische Erneuerung“, das Ziel einer „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ oder den Anspruch der „Bewahrung der Schöpfung“ gebracht. Das über den Tag hinausreichende Ziel bestimmte den Weg. Es ist überfällig, dass CDU und CSU aus dem von den Finanz-, Euro-, Fukushima-, Flüchtlings- und-so-weiter-Krisenreaktionsmodus in den politischen Aktionsmodus umschalten. Gefragt ist nicht inhaltliches Allerlei, sondern eine klare inhaltliche Zielsetzung. Diese inhaltliche Offensive muss mit einer Belebung der innerparteilichen Debattenkultur einhergehen. Medienorientierte Regionalkonferenzen eignen sich dafür nicht und Internetaktionen reichen dafür nicht aus.

### **Jamaika als Herausforderung zum Ideenwettbewerb**

Die absehbare Jamaika-Koalition mit FDP und Grünen ist eine Chance für Union, weil sie in einem solchen Bündnis stärker gefordert wird: FDP und Grüne haben sich auch deshalb behauptet, weil sie deutlich sagen, wofür sie stehen. Das erhöht den Profilierungsdruck auf die Union. Dabei ist gerade für die C-Parteien die Antwort auf das Warum, also die Begründung ihrer Politik mindestens ebenso wichtig wie die Erklärung des Wie, also der Umsetzung. Das Konzept einer grundwerteorientierten Politik ist das Lebenselixier der Union und bedarf als Alleinstellungsmerkmal einer Wiederbelebung. Das ist kein Widerspruch zu notwendigem Tagespragmatismus, sondern dessen unverzichtbare Leitplanke.

Im Ideenwettbewerb einer Jamaika-Koalition darf die Union weder im Bremserhäuschen noch am Katzentisch sitzen. Das ist auch eine Herausforderung für die jüngere Politikergeneration. Alle CDU-Minister im bisherigen Bundeskabinett gehören zur Merkel-Generation, bei der nächsten Bundestagswahl 2021 sind sie mit einer Ausnahme älter als 60 Jahre, nur zwei der sieben CDU-Ministerpräsidenten sind dann jünger als 60 Jahre. Diejenigen, die solche Führungsaufgaben anstreben, steht in der Pflicht sich nicht nur als Spezialisten, sondern mit einem breiten politischen Gestaltungsanspruch zu profilieren. Dabei ist nicht persönlicher Ehrgeiz entscheidend, sondern Mut zur Meinung und inhaltliche Substanz.

### **Die Konkurrenz ernst nehmen, aber nicht ins Zentrum stellen**

So gewöhnungsbedürftig die beleidigte Gesprächsverweigerung führender Sozialdemokraten ist, so wenig ist es zielführend, die SPD im Blick auf eine Fortsetzung der abgewählten „großen“



Koalition zu umwerben. Dass die SPD den Weg in die Opposition antritt, ist die ebenso verständliche wie richtige Konsequenz aus ihrem historisch schlechtesten Wahlergebnis und einem beispiellosen Absturz in der Wählergunst: Von 40 Prozent auf 20 Prozent in zwanzig Jahren. In acht Bundesländer liegt sie unter 20 Prozent, in fünf Bundesländern ist sie nicht einmal mehr zweitstärkste Partei. Die Sozialdemokraten brauchen einen Neuanfang. Dafür sind die übertriebenen persönlichen Attacken des Wahlverlierers Martin Schulz auf Angela Merkel kein guter Anfang. Wenn die SPD der staatspolitischen Verantwortung als führende Oppositionspartei gerecht werden will, ist die Entwicklung einer inhaltlichen Alternative wichtiger als die oppositionelle Attacke.

Dabei sollten die demokratischen Parteien sich auch im Umgang miteinander positiv von den Randparteien unterscheiden. Man kann hart in der Sache streiten und sich zugleich persönlich respektieren. Demokraten unterstellen einander keine schlechten Absichten auch wenn sie sich in der Sache unterscheiden. Das ist umso wichtiger als insbesondere die AfD gezielte Tabubrüche und persönliche Verunglimpfungen mit kalkulierter Provokation ins Parlament tragen wird.

### **Mehr Protestwelle als Rechtsruck**

60 Prozent der AfD-Wähler geben als Grund für ihre Stimmabgabe die Enttäuschung über andere Parteien an. Nur 30 Prozent teilen die Überzeugungen des AfD-Programms. Übrigens teilt auch nur etwas mehr als die Hälfte der Wähler der Linken die Überzeugungen der Partei. Bei der Union sind das 78, bei den Grünen 73 Prozent, bei der SPD 65 und bei der FDP 61 Prozent.

Nur 1,4 Mio der 5,8 Mio AfD-Wähler sind Stammwähler der Partei. Die große Mehrheit hat in der AfD ihr Denkkittel-Ventil gefunden: 1,4 Mio bisherige Nichtwähler, 1 Mio bisherigen Unionswähler und jeweils eine halbe Mio bisherige SPD und Linke-Wähler. Die AfD will aus dieser Protestwelle einen Rechtsruck machen. Wer das verhindern will, darf die AfD nicht in den Mittelpunkt stellen, sondern muss die Randpartei auch als Randerscheinung behandeln: Glasklar in der inhaltlich begründeten Ablehnung, aber keineswegs als Bezugspunkt des eigenen Handelns.

Dass dabei das Werben um Wähler der AfD nicht damit verbunden sein darf, sich den Positionen dieser Randpartei anzunähern, hat Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident in Schleswig-Holstein und Chef der dortigen Jamaika-Koalition an einem Beispiel treffend auf den Punkt gebracht. „Menschen, die keine Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen wollen, können wir als CDU keine Heimat bieten. Aber Menschen, die sich angesichts der vielen Menschen, die ins Land gekommen sind, Sorgen machen, ob Deutschland so bleibt, wie sie es wollen, und wie die Integration gelingen soll, diese können wir zurückholen.“

*Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)*